

Öffentliche Niederschrift

Sitzung des Stadtrates

Sitzungstermin: Dienstag, 03.05.2022
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 19:23 Uhr
Ort, Raum: Videokonferenz

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Kulturprogramm 2022/2023 des Kreiskulturzentrums Villa Fuchs e.V. 2022/1370
- 3 Kulturprogramm 2022 der Arnold Circus Productions GmbH 2022/1406
- 4 Zweites Interessenbekundungsverfahren "Haus Sonnenwald" 2021/915-001
- 5 1. Teiländerung des Bebauungsplanes "Unten in Irzentälchen in Grewelt" in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Brotdorf; Aufstellungsbeschluss und Billigung und Beschlussfassung über die Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB) und der Behörden (§4 Abs. 2 BauGB) 2021/1300

6	Teiländerung des Flächennutzungsplanes im Bereich des „Hofgut Monbach“ im Stadtteil Hilbringen der Kreisstadt Merzig; Einleitung des Verfahrens	2022/1386
7	Einrichtung eines Freiwilligen Ganztagschulbetriebs neben dem bestehenden Hortbetrieb an der Grundschule St. Josef	2022/1390
8	Klima- und Umweltbelange in Bebauungsplänen	2021/1163-002
9	Klimaschutzmanagement Hier: Fortschreibung integriertes Klimaschutzkonzept 2012; Antrag B90/Die Grünen vom 26.03.2022	2022/1405
10	Erstellung eines Abfallvermeidungskonzeptes; Antrag B90/Die Grünen	2022/1408
11	Natürlichen Klimaschutz stärken; Antrag B90/Die Grünen vom 30.03.2022	2022/1471
12	Mitteilungen, Anfragen und Anregungen	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Das Gremium ist beschlussfähig versammelt.

1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor. Auch aus den Reihen der Zuhörer ergeben sich keine Wortmeldungen.

2 Kulturprogramm 2022/2023 des Kreiskulturzentrums Villa Fuchs e.V. 2022/1370 ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Schmitt (CDU) freue sich sehr, dass man in diesem Jahr nach der Corona-Pandemie auch wieder Kulturveranstaltungen in Gemeinschaft erleben könne. Es sei toll, dass es der Villa Fuchs gelungen sei, ein ebenso anspruchsvolles und vielfältiges Programm aufzustellen, wie man es schon vor der Pandemie gewöhnt war. Es sei nicht selbstverständlich, daran anknüpfen zu können. Die Villa Fuchs sei ein zuverlässiger Partner für die Kulturschaffenden. Dies sei ein positiver Schritt, insbesondere auch für Kinder. Sie bedanke sich herzlich beim Team der Villa Fuchs, das dies ermögliche. Die CDU-Fraktion werde dem Vorschlag zustimmen.

Ratsmitglied D'Auria (SPD) bedankt sich ebenfalls bei der Villa Fuchs. Ihn freue besonders die Musik- und Theaterreihe mit einem interessanten Programm. Die Theaterveranstaltungen seien bei einem breiten Publikum beliebt und dazu noch preisgünstig. Auch für die Einzelveranstaltungen sei ein buntes Programm vorgesehen. Auch für Kinder sei viel vorgesehen, der Ortsrat Merzig unterstütze dies, die SPD-Fraktion stimme dem Vorschlag ebenfalls zu.

Ratsmitglied Weiten (Bündnis 90/Grüne) schließt sich den Vorrednern an. Die Grünen-Fraktion stimme dem Programm ebenfalls zu, es sei sehr gut gelungen. Er hoffe, dass in diesem Jahr eine gewisse Normalisierung im Programm stattfinde.

Ratsmitglied Spanier (DIE LINKE) freue sich ebenfalls über ein vielfältiges Programm, das für jeden etwas bereithalte. Sie erkundigt sich, ob das Programm, so wie es jetzt vorliege, aktuell sei. Sie erinnere sich, dass Herr Rauch angekündigt habe, dass eine Ballettaufführung nicht stattfinde, dies habe auch andere Veranstaltungen betroffen.

Ressortleiter Friedrich antwortet, sowohl bei dem Programm der Villa Fuchs, als auch bei dem Programm von Herrn Arnold habe man keine Änderungen vorgenommen. Es sei

dasselbe Programm, das man damals erhalten habe. Es sei korrekt, dass bei beiden Programmen nachträglich noch Änderungen vorgenommen würden.

Der Vorsitzende bekräftigt, dies sei fast immer so, da Künstler aus verschiedenen Gründen nicht auftreten könnten.

Fraktionsvorsitzender Hackenberger (DIE LINKE) lobt die Übersichtlichkeit der Aufstellung der Villa Fuchs. Man könne genau nachvollziehen, wer wann zu welchem Preis auftritt.

Beschluss:

Der Programmentwurf des Kreiskulturzentrums Villa Fuchs e.V. für das Merziger Kulturprogramm in der Spielzeit 2022/2023 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
32	0	0

3 Kulturprogramm 2022 der Arnold Circus Productions GmbH

2022/1406

ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Weiten (Bündnis 90/Grüne) verkündet, die Grünen-Fraktion werde dem Vorschlag zustimmen. Wenn ein Privatunternehmer ein attraktives Programm anbiete, sei dies zu begrüßen. Trotzdem werde die Arnold Circus Productions GmbH finanziell unterstützt. Er frage sich, ob andere Kulturschaffende in Merzig nicht gleichbehandelt werden sollten, da es auch unschöne Entwicklungen in der Stadt gebe. Beispielhaft sei das Kino anzusprechen, dessen Betreiber aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen habe. Dieses fehle nun als Kulturstätte, darüber müsse man reden.

Der Vorsitzende erläutert, der Stadtrat entscheide, wofür die Gelder ausgegeben würden. Die Mittel seien im Haushalt 2022 für das Programm von Herrn Arnold vorgesehen. Sollte der Stadtrat etwas anderes wünschen, könne man grundsätzlich darüber reden.

Ratsmitglied Schmitt (CDU) bemerkt, der Zeltpalast sei ein Merkmal für die Stadt Merzig geworden und sei überregional bekannt. Aus diesem Grund sei das Projekt zu unterstützen. Sie zeigt sich begeistert von der Vielfalt des Programmes, man sehe eine Entwicklung. Außerdem sei es beeindruckend, dass auch Ukrainerinnen und Ukrainer mitwirken. Man werde den Vorschlag unterstützen und hoffe, dass das Programm Bürgerinnen und Bürger der Großregion nach Merzig lockt.

Ratsmitglied D'Auria (SPD) sei ebenfalls zufrieden mit der Aufstellung. Es läge ein tolles Programm der Musik und Theater Saar GmbH vor, dies unterscheide sich deutlich von dem der Villa Fuchs. Herr Arnold führe seine Veranstaltungen fast ausschließlich im oder vor dem Zeltpalast durch und habe im letzten Jahr, trotz Corona, ein neues Musical aufgelegt. Er freue sich besonders über die „Circus for Peace“-Veranstaltungen zugunsten

von Kriegsoffern in der Ukraine. Merzig könne stolz auf dieses Programm sein, der Zeltpalast sei landesweit und auch über die Landesgrenze bekannt, darum werde man dem Programm zustimmen.

Ratsmitglied Schuh (FWM/FDP-Fraktion) gesteht, es würde in Merzig etwas fehlen, wenn es nicht die Programme von Herrn Arnold und der Villa Fuchs gebe. Diese seien eine Bereicherung.

Beschluss:

Der Programmentwurf der Arnold Circus Productions GmbH für das Jahr 2022 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
32	0	0

4 Zweites Interessenbekundungsverfahren "Haus Sonnenwald"

2021/915-001
zur Kenntnis genommen

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es sich hier um eine öffentliche Aussprache handele. Vertrauliche Details bitte er, im nichtöffentlichen Teil zu besprechen. Dort werde auch der Beschluss gefasst.

Ratsmitglied Ripplinger (CDU) dankt dem Vorsitzenden sowie der Stadtverwaltung. Erst durch das zweite Interessenbekundungsverfahren habe man ein tragfähiges Konzept entwickeln können. Er freue sich, dass der Verkauf des Hauses Sonnenwald vorbereitet werde. Das Projekt sei der Bevölkerung bei der Bürgerinformationsveranstaltung vorgestellt worden, unter großer Beteiligung der Besseringer Bürgerschaft. In der gestrigen Sitzung des Ortsrates sei die Vorlage zustimmend zur Kenntnis genommen worden. Die Konzeption des Interessenten stelle eine gute Zukunftsperspektive für diesen Standort dar. Die Nutzung als Klinik für psychosomatische Erkrankungen, ergänzt um Betreutes Wohnen, Ferienwohnungen und ggfs. um ein medizinisches Versorgungszentrum könne man sich gut vorstellen. Das in den fünfziger Jahren als Erholungsheim für Kriegsheimkehrer und Hinterbliebene von Kriegsgefallenen erbaute Haus Sonnenwald sei baulich veraltet und entspreche nicht mehr den heutigen Standards. Deshalb habe der VdK das Haus Ende 2013 geschlossen, da es nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden konnte. Die Stadt habe das Gebäude 2016 erworben, nach einer kurzzeitigen Verwendung zur Unterbringung von Flüchtlingen habe es leer gestanden. Viele Bürgerinnen und Bürger würden sich wünschen, dass das Haus Sonnenwald eine neue Verwendung finde, ihn als Ortsvorsteher erreichten regelmäßig Anfragen und Beschwerden über den schlechten Zustand des Gebäudes und auch des Umfeldes. Man wolle, dass sich etwas ändere, der Wandel, den die Einrichtung einer psychosomatischen Klinik darstelle, entspreche den heutigen Anforderungen. Die Annehmlichkeiten und Nachhaltigkeitsaspekte, die heute

wichtig seien, spiegelten sich auch in dem geplanten Neubau wider. Ein Wermutstropfen sei zwar die fehlende öffentliche Gastronomie, es sei jedoch klar, dass diese nicht zum Charakter der vorgesehenen Nutzung passe. Die psychosomatische Klinik sei wohl das, was an diesem Standort am verträglichsten wäre, gerade mit Blick auf die Besucherzahlen und das Verkehrsaufkommen. Ein weiterer nicht zu vernachlässigender Punkt sei die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Stärkung des Wirtschaftsstandortes und die Synergieeffekte mit dem Merziger Gesundheitscampus. Es stehe heute lediglich die Vorberatung der Verkaufsentscheidung an, viele Fragen zur konkreten Umsetzung seien vor und im Bebauungsplanverfahren zu klären. Da Verkäufe dieser Art regelmäßig unter dem Vorbehalt eines genehmigungsfähigen Bebauungsplanes erfolgten, hätten die städtischen Gremien in diesem Rahmen noch genügend Möglichkeiten zur Klärung von Detailfragen. Er wolle schon jetzt die Zustimmung der CDU-Fraktion im nichtöffentlichen Teil signalisieren.

Ratsmitglied Palz (SPD) verweist bezüglich der Fakten zum Haus Sonnenwald auf den Redebeitrag von Herrn Ripplinger. Er selbst habe als Besseringer viel Zeit rund um das Haus Sonnenwald verbracht. Umso mehr freue er sich, dass es einer neuen Nutzung unterzogen werde, da es mehr und mehr dem Verfall zum Opfer falle. Man sei angesprochen worden, ob nicht andere Projekte möglich seien, man müsse aber die Lage im Außenbereich berücksichtigen, sodass nicht jede Nutzung, die man sich vielleicht wünschen würde, überhaupt möglich sei. Die geplante Nutzung sei hervorragend, psychosomatische Behandlungen mit Nähe zum Besseringer Wald, der zum Spazieren einlade, seien erfolgversprechend. Er begrüße das Projekt persönlich ausdrücklich und könne sich hierzu auch auf zahlreiche Aussagen von Besseringer Bürgern berufen. Auch die SPD-Fraktion stehe geschlossen hinter dem Vorhaben. Es werde noch ein weiter Weg mit vielen Hürden, aber alle Beteiligten seien bereit, den Weg gemeinsam zu gehen. Dies habe man auch bei der Informationsveranstaltung gesehen.

Ratsmitglied Weiten (Bündnis 90/Grüne) schließt sich im Großen und Ganzen den Vordnern an. Trotzdem sei der Grünen-Fraktion an einer baulichen Entwicklung gelegen, auch wenn man von der Größenordnung etwas erschlagen sei. Dies sei jedoch das Erfordernis der heutigen Zeit. Die Fraktion würde den Beschluss gerne mittragen, aber nur, wenn Punkte mit Klärungsbedarf von Seiten der Stadt in der Planung angegangen würden, sei es die verkehrliche Optimierung oder die Ausweisung von 140 Hektar Kur- und Heilwald. Nach dem Landeswaldgesetz bestehe schon die Möglichkeit, solche Flächen als Erholungswald auszulegen, dies würde dem Luftkurort Besseringen guttun. Aus diesem Grund werde man zustimmen. Die aktuell geplante Variante sei die sinnvollste.

Der Vorsitzende äußert, der Antrag der Grünen-Fraktion betreffend den Kur- und Heilwald werde im Fachausschuss vorberaten. Die Verkehrsplanung und weitere Punkte werden Grundlage weiterer Beratungen sein.

Ratsmitglied Schuh (FWM/FDP-Fraktion) befindet, die geplante Nutzung sei für Besseringen und Merzig geradezu ideal. Hinsichtlich der ruhigen Lage am Waldrand ergäben sich zahlreiche Möglichkeiten, auch die ins Auge gefasste Zusammenarbeit mit Einrichtungen im Stadtgebiet biete Chancen. Investitionen in die Infrastruktur seien notwendig. Es sei bedauerlich, dass die Genehmigung so viel Zeit in Anspruch nehme, vorgesehen seien drei Jahre. Daran schließe sich die Bauphase an, in unter fünf Jahren werde dort wohl kein Patient behandelt werden können, dies sei schade. Man solle alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Genehmigungszeit so weit wie möglich zu verringern.

Der Vorsitzende gesteht, man habe die Vorlage eher zurückhaltend aufgebaut, da immer unvorhergesehene Verzögerungen auftreten können. Man wünsche sich natürlich, dass manches schneller gehen könnte, müsse aber realistisch sehen, dass ein solch großes Projekt Zeit brauche, um alle Aspekte zu klären.

-
- 5 **1. Teiländerung des Bebauungsplanes "Unten in Irzentälchen in Grewelt" in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Brotdorf; Aufstellungsbeschluss und Billigung und Beschlussfassung über die Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB) und der Behörden (§4 Abs. 2 BauGB)** **2021/1300**
ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Weiten (Bündnis 90/Grüne) gibt bekannt, dass die Grünen-Fraktion zustimmen werde, insbesondere, weil in dieser Richtung ein Bedürfnis bestehe. Er möchte jedoch kritisch anmerken, dass er dies nicht als Waldkindergarten, sondern eher als Feld- oder Wiesenkindergarten bezeichnen würde. Hier seien andere Voraussetzungen, die Versorgung mit Trinkwasser oder die Heizung sehe er anders als in einem Waldkindergarten, insbesondere, wenn die Möglichkeit der Anschlüsse bestehe. Aus hygienischen Gründen sei es ratsam, nicht komplett in eine Alternative zu flüchten, um Kosten zu sparen. Darüber hinaus sei das Baufeld sehr groß eingezeichnet, sodass der Feldwirtschaftsweg durch die Bebauung geschnitten werde. Dadurch bestünde die Gefahr, dass ein über diesen Weg erschlossenes Grundstück nicht mehr angefahren werden kann. Man sollte auf eine Gestaltung achten, die eine Nutzung des Weges weiterhin ermöglicht.

Ressortleiter Bies merkt an, dass die Fragen der Versorgung nicht im Rahmen des Bebauungsplanes geklärt würden, stattdessen mache der Landkreis hier Vorgaben. In Besseren funktioniere diese Art jedoch seit Jahren sehr gut. Der Feldweg sei aus dem angesprochenen Grund im Entwurf des Bebauungsplanes als öffentliche Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung definiert. Somit bleibe eine Nutzung des Weges für die dahinterliegenden Grundstücke weiterhin möglich.

Fraktionsvorsitzende Holzner (SPD) weist darauf hin, dass es sich nicht um einen Waldkindergarten handle, sondern um eine private Kindertagespflege mit einem naturpädagogischen Konzept. Bezüglich der Versorgung sei ein ausreichendes Mindestmaß stets gewährleistet, da diese Einrichtungen einer strengen Kontrolle des Jugendamtes unterliegen, noch bevor Genehmigungen ausgesprochen würden.

Ratsmitglied Weiten (Bündnis 90/Grüne) hinterfragt bei grundsätzlicher Zustimmung einige aus seiner Sicht kritische Punkte, wie z.B. die Ver- und Entsorgung in bestimmten Bereichen, aber auch die Zusicherung des Zugangs zum Feldwirtschaftsweg. Dieser höre an der besagten Fläche auf und sei danach nur noch ein Anwender. Hier sei zu gewährleisten, dass das nur hierüber zugängliche Grundstück auch dann noch erreichbar sei. Dies habe Herr Bies so bestätigt.

Beschluss:

1. Gem. § 1 Abs. 3 und § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches in der aktuell gültigen Fassung wird die 1. Teiländerung des Bebauungsplanes „Unten in Irzentälchen in Grewelt“ im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB beschlossen.
2. Die Änderung des Bebauungsplanes soll gemäß § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB sowie ohne Durchführung der frühzeitigen Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB und frühzeitigen Beteiligung der Behörden und TÖB gem. § 4 Abs. 1 BauGB aufgestellt werden.
3. Der vom Planungsbüro Kernplan ausgearbeiteten Bebauungsplanentwurf, bestehend aus der Planzeichnung, dem Textteil und der Begründung wird gebilligt und für das Verfahren freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
31	0	1

6	Teiländerung des Flächennutzungsplanes im Bereich des „Hofgut Monbach“ im Stadtteil Hilbringen der Kreisstadt Merzig; Einleitung des Verfahrens	2022/1386 ungeändert beschlossen
----------	--	--

Ratsmitglied Darimont-Doll (CDU) erläutert, mit der Veräußerung und dem damit verbundenen Besitzerwechsel beim Hofgut Monbach hätten sich auch die Ziele verändert. Der vorherige Besitzer habe einen gewerblich-landwirtschaftlichen Lohnbetrieb etablieren wollen, der neue Besitzer möchte das Gelände wie ursprünglich vor 2014 ausschließlich als Hofstelle innerhalb einer rein landwirtschaftlichen Fläche führen. Insgesamt sei dies für Hilbringen positiv. In diesem Bereich seien ganzjährig Menschen in der Natur unterwegs. Die vorherige Nutzung als gewerblicher Lohnbetrieb habe bereits Spuren hinterlassen, die dem entgegenstanden hätten und von der Bevölkerung kritisch angemerkt worden seien. Bereits sichtbare Bestrebungen des neuen Besitzers, den Bereich um das Hofgut wieder naturnah zu nutzen und zu gestalten würden positiv wahrgenommen. Deshalb sei der Beschluss sehr begrüßenswert. Der Ortsrat habe bereits zugestimmt.

Beschluss:

Gemäß § 1 Abs. 3 und § 2 Abs. 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. S. 3634), unter Berücksichtigung der aktuell gültigen Änderungen, wird

- a. die Einleitung des Verfahrens Teiländerung des Flächennutzungsplanes im Bereich des „Hofgut Monbach“ im Stadtteil Hilbringen sowie

- b. die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB und die
- c. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, gem. § 4 Abs. 2 BauGB, sowie die Benachrichtigung der Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB zur Auslegung

beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
31	0	1

7 Einrichtung eines Freiwilligen Ganztagschulbetriebs neben dem bestehenden Hortbetrieb an der Grundschule St. Josef **2022/1390**
ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Boos (CDU) ruft ins Gedächtnis, man suche händeringend Plätze, darum sei der Vorschlag begrüßenswert. Es sei entscheidend, wer die handelnden Akteure sind, bei der Grundschule St. Josef liege ein stimmiges Konzept vor. Es sei zwar außergewöhnlich, einen Hort mit einer freiwilligen Ganztagschule in einer Räumlichkeit zu verbinden, trotzdem sei man nach einem Besuch vor Ort bestärkt, dass dies einen Versuch wert sei. Die CDU-Fraktion werde zustimmen.

Fraktionsvorsitzende Holzner (SPD) stelle ebenfalls fest, dass der Bedarf nach Ganztagsplätzen wachse. Auch die Kinder in den Kitas hätten diese schon, in der Schule setze sich der Bedarf fort. Der Ganztagsanspruch, der ab 2026 gelte, werde noch weitere Bedarfe aufzeigen. In der Grundschule St. Josef habe man gesehen, dass die Schulleitung sich Zeit genommen habe, den Ausschussmitgliedern die Räumlichkeiten zu zeigen und Fragen zu beantworten. Sie habe sich sehr viele Gedanken gemacht und mit dem Schulrat sichergestellt, dass ausreichend Platz für die Kinder zur Verfügung stehe. Es sei ein ungewöhnliches Modell, welches man dort einrichte: Neben dem Hort eine FGTS mit 40 Plätzen, davon 20 in einer kurzen und 20 in einer längeren Gruppe. Auch die SPD-Fraktion werde zustimmen und hoffe auf Zwischenberichte aus dem laufenden Betrieb, da es im Saarland einzigartig sei. Man sehe den hohen Bedarf der Eltern und freue sich über das Engagement der Schulleitung.

Ratsmitglied Weiten (Bündnis 90/Grüne) stimmt den Ratsmitgliedern zu. Er sehe eine hohe Kompetenz in der Verwaltung und in der Schulleitung, den Bedarf zu erkennen und umzusetzen.

Ratsmitglied Spanier (DIE LINKE) gesteht, sie habe anfangs Bedenken gehabt. Sie kenne das Gebäude und besonders die knappe Raumsituation aus ihrer Schulzeit. Der Begehungstermin habe jedoch ihre Zweifel ausgeräumt. Die Schulleitung habe schlüssig vermittelt, dass das Konzept funktioniere. Sie freue sich insbesondere über die regelmäßigen Informationen, die zugesichert worden seien, sowie über die Möglichkeit, die Räume nach der Fertigstellung nochmals zu begehen. Die Linke-Fraktion werde zustimmen.

Beschluss:

Die Kreisstadt Merzig beantragt gemäß des Beschlusses der Schulkonferenz der Grundschule St. Josef die Einrichtung eines Freiwilligen Ganztagsangebotes als Ergänzung zum vorhandenen Hortangebot.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
31	0	0

8 Klima- und Umweltbelange in Bebauungsplänen

2021/1163-002
ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Biermann (CDU) verkündet, die CDU-Fraktion begrüße die auf den Weg gebrachten Maßnahmen. Es sei aber auch wichtig, nicht nur Verbote auszusprechen. Deshalb freue sie sich, dass die Verwaltung den Anregungen der Fraktion im Bereich Schottergärten gefolgt sei. Somit würden die Bürger nicht alleine gelassen, sondern erhielten Hilfestellungen in Form von Handreichungen zur Gestaltung der Gärten. Somit habe jeder die Möglichkeit, die Biodiversität zu fördern und etwas gegen die Aufheizung, das Insektensterben und die Flächenversiegelung zu tun.

Ratsmitglied Oehm (SPD) kündigt an, auch die SPD-Fraktion werde dem Vorschlag folgen. Eine Förderung der Ökologie sei zentraler Bestandteil der SPD-Politik. Der Beschluss biete Bürgerinnen und Bürgern einen Rahmen, sich selbst an die bevorstehenden Änderungen anzupassen. Er richte ein großes Lob an die Verwaltung, die die Thematik mit Motivation, Engagement und Flexibilität bearbeitet habe.

Stadtratsmitglied Weiten (Bündnis 90/Grüne) stellt für die Grünen-Fraktion im Bereich der erneuerbaren Energie – die Varianten a, b und c - Folgendes fest: Er sehe beim Thema Wärmepumpentechnik noch einen Schwachpunkt. Sobald man eine Wärmepumpe setze, will man auch eine Photovoltaikanlage aufs Dach. Da fehle ihm bisher noch der Zusammenhang. Man versuche, die Leute mit einer Maßnahme zu motivieren, aber es fehle eigentlich noch ein Teil. Man stimme dem Programm als laufendem Prozess zu, hoffe aber, dass man in nächster Zeit noch Korrekturen vornehmen könne.

Der Vorsitzende versichert, es sei ein laufender Prozess. Man stehe gerade am Anfang, er sei froh, dass man sich auf einen Konsens einigen könne. Nach und nach könne man immer noch Korrekturen oder Verbesserungen anbringen.

Stadtratsmitglied Spanier (DIE LINKE) ist zuversichtlich, man habe ein gutes und umfangreiches Konzept geschnürt, an dem kein Weg vorbeiführe. Es sei für die Bauherren natürlich alles mit Kosten verbunden, hier hoffe sie auf eine Anpassung der Förderkulisse durch Bund und Land. Der Wille sei oftmals da, häufig scheitere es an der Finanzierung. Außerdem hätten es mehr Fahrradstellplätze sein können, es sei aber, wie bereits

gesagt, kein statisches Konzept. Man lege nun den Grundstein, auf dem man in der nächsten Zeit weiterarbeite und anpasse.

Ratsmitglied Temmes (Bündnis 90/Grüne) erkundigt sich nach der genannten Dachneigung von weniger als 20 Grad. Dies sei ihm zu hoch, die normale Dachneigung bei Flachdächern betrage 2,5 Prozent. Bei einer Neigung von 20 Grad befürchte er, dass das Wasser unter den angelegten Grünflächen weglaufe. Er schlage vor, die Neigung auf 5 Grad zu reduzieren. Dann bleibe das Wasser bei den Pflanzen stehen.

Ressortleiter Bies verweist auf die Aussprache im Ausschuss. Er habe dargestellt, dass auch eine steilere Neigung mit der heutigen Technik geeignet sei, eine Dachbegrünung zu tragen, ohne dass das Wasser ablaufe. Eine Neigung von 20 Grad sei ein guter Kompromiss zwischen den technischen Möglichkeiten und den Zumutungen für die Bauherren.

Beschluss:

1. Bebauungspläne der Kreisstadt Merzig sind auf eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung ausgerichtet und treffen u.a. Regelungen zum Umwelt- und Klimaschutz. Grundlage sind die rechtlichen Vorgaben und Möglichkeiten gemäß BauGB, LBO und städtebaulichen Verträgen. Orientierung gibt dabei auch die Förderlandschaft auf Landes- und Bundesebene.
2. Die unten aufgeführten Festsetzungen werden zukünftig in Bebauungsplänen und Durchführungsverträgen der Kreisstadt Merzig im Regelfall angewendet.
3. Die standardmäßigen Festsetzungen zum Umwelt- und Klimaschutz werden kontinuierlich überarbeitet und weiterentwickelt. Die Gremien werden rechtzeitig über Anpassungen informiert, um über diese zu beraten und zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
31	0	0

Klimaschutzmanagement

2022/1405
ungeändert beschlossen

9 Hier: Fortschreibung integriertes Klimaschutzkonzept 2012; Antrag B90/Die Grünen vom 26.03.2022

Stadtratsmitglied Weiten (Bündnis 90/Grüne) freue sich, dass die Grünen-Fraktion und die Verwaltung hier in die gleiche Richtung denken. Er befürworte dies und kündigt an, mit Anträgen an der einen oder anderen Stelle nachhaken zu wollen. Er bitte jedoch darum, dass der Punkt „Energie sparen“ aufgenommen werde, dieser fehle und gehe in den letzten Jahren etwas verloren, sei aber wichtiger denn je.

Beschluss:

Es wird beschlossen, das integrierte Klimaschutzkonzept aus dem Jahr 2012 fortzuschreiben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
31	0	0

10 Erstellung eines Abfallvermeidungskonzeptes; Antrag B90/Die Grünen **2022/1408**
ungeändert beschlossen

Stadtratsmitglied Weiten (Bündnis 90/Grüne) begründet den Antrag. Das Land habe auch dieses Jahr den Punkt Abfallvermeidung in den Haushaltsplan aufgenommen, um solche Aktionen im Konzept „kommunale Vernetzung für ein sauberes Saarland“ anteilig zu unterstützen. Er erkundigt sich, ob eine Förderung von über 60 Prozent möglich wäre. Nach seinem Wissensstand sei Merzig die einzige Kommune, die aktuell einen solchen Antrag ausarbeite. Er bitte darum, dies zu erfragen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein vom Land gefördertes Abfallvermeidungskonzept erstellen zu lassen, welches den Ist-Zustand darstellen und Maßnahmen aufzeigen soll, die durch die Stadt selbst im öffentlichen Raum durchführbar sind. Die hierfür erforderlichen Mittel werden im Vorgriff auf den Haushalt 2023 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
31	0	0

11 Natürlichen Klimaschutz stärken; Antrag B90/Die Grünen vom 30.03.2022 **2022/1471**
ungeändert beschlossen

Stadtratsmitglied Weiten (Bündnis 90/Grüne) spricht zum Antrag. Man solle das, was man vor längerer Zeit beschlossen habe, wieder aufgreifen. Am 27.02.2020 habe der Stadtrat den Beschluss gefasst, auf städtischen Eigentumsflächen großflächig Auenwä-

der anzulegen, unter anderem in den Saaraueen zwischen Besseringen, Schwemlingen und Hilbringen. Nach zwei Jahren und gegenteiligen Beschlüssen habe man diesen Antrag eingereicht. Die Fraktion befürworte es, den Antrag in den Ausschuss zu vertagen.

Der Vorsitzende wirft ein, Herr Weiten habe gerade einen separaten Antrag gestellt. Dieser stimme nicht mit der Vorlage überein.

Herr Weiten antwortet, man habe der Verwaltung beide Anträge, betreffend Auenwälder einerseits und Altwälder andererseits, zeitgleich zugesandt.

Der Vorsitzende erklärt, es liege nur der Antrag „Altwälder schützen“ vor.

Herr Weiten kündigt an, den fehlenden Antrag zusenden zu wollen. Trotzdem stimme er dem vorliegenden Antrag der Vertagung in den Fachausschuss zu.

Beschluss:

Der Stadtrat vertagt die Beratung in den Hauptausschuss als zuständigen Fachausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
31	0	0

12 Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Der Vorsitzende informiert über Ressourcenpreise und Energiekosten. Aufgrund der Preiserhöhungen der letzten Wochen seien die Haushaltsansätze, die man im Dezember 2021 beschlossen habe, nicht mehr zu halten. Man werde sich in den nächsten Tagen, insbesondere im Bereich Bauen, intern abstimmen und die Haushaltsansätze neu evaluieren und im Rat diskutieren. Auch der Punkt „Energie sparen“ sei wichtig in der Verwaltung. Er rechne ebenfalls mit steigenden Energiekosten, werde aber über alles nochmals informieren.

Außerdem seien die Wertgrenzen für Vergaben und Stundungen, die zunächst auf den 30.06.2022 befristet waren, weiterhin bis zum 30.06.2023 verlängert worden.

Zum Thema Präsenzsitzungen sei man intern in Beratungen. Es könne sein, dass man in Kürze zu Präsenzsitzungen zurückkehre, nach Abstimmung mit den Fraktionsvorsitzenden.

Der Vorsitzende geht außerdem auf wirtschaftliche Ansiedlungen ein. Für den Bereich der Neuen Mitte sei es erfreulich, dass der Bau stetig wachse und das Vorhaben im Zeitplan sei. Die Mieter stünden größtenteils fest: Im Erdgeschoss werde eine dm-Drogeriemarkt-Filiale eröffnen, nebenan werde V&B-Fliesen Ausstellungsräume einrichten. Außerdem werde die Verwaltung der V&B-Fliesen in die oberen Büroräume einziehen. Somit seien die allermeisten Büroflächen bereits vermietet, es gebe weiterhin vielversprechende Gespräche mit weiteren Interessenten. Die Verwaltung befinde sich mit

Herrn Schamper im Austausch über die weitere Entwicklung der Schankstraße und die Möglichkeiten beim Saarfürst-Turm. Bezüglich der Läden im Kaufland verkündet der Vorsitzende, dass Kaufland Ende Mai schließen werde. Man habe mit allen Mietern der dortigen Läden gesprochen und einige Betreiber in die Fußgängerzone vermitteln können. Die Apotheke ziehe in die Apotheke Manderscheid, das Reisebüro komme in der Fußgängerzone unter und der Schlüsseldienst ziehe in die jetzige Postbank um.

Der Vorsitzende habe darüber hinaus gemeinsam mit Ressortleiter Bies Gespräche mit der Geschäftsführung von Globus geführt. Geschäftsführer Bruch habe die Wichtigkeit des Standortes Merzig betont, man werde weiter miteinander kommunizieren.

Bezugnehmend auf die Situation der Postbank stellt der Vorsitzende Folgendes klar: Mieterin der Räumlichkeiten sei die Postbank, die Post sei Untermieterin. Auch nach intensiven Gesprächen habe man die Postbank nicht dazu bewegen können, den Standort zu erhalten, es solle lediglich eine Automatenlösung geben. Die Post hingegen habe ursprünglich ihren Standort in die Poststraße oder aber in die Trierer Straße/Waldstraße verlagern wollen. Dies hätte jedoch eine Schwächung der Innenstadt bedeutet, ein Weiterbetrieb der bisherigen Filiale habe die Verwaltung als ideal angesehen. Letztendlich sei man übereingekommen, dass der Schlüsseldienst im Kaufland die Postfiliale am bisherigen Standort der Postbank betreiben werde. Unter den geschilderten Gegebenheiten sei dies als Erfolg zu werten. Aus konkreten Vermietungsgesprächen halte sich die Stadt jedoch raus, vielmehr habe man mit der Post Vertraulichkeit vereinbart. Die Verwaltung diene nur als Vermittler. Folglich habe man nicht gewusst, ob überhaupt ein Mietvertrag zustande gekommen sei. Der Schlüsseldienstbetreiber habe im Kaufland ein Schild aufgestellt und auf den Umzug in die Postbank-Filiale hingewiesen. Diese Informationen seien vor Kenntnisnahme der Verwaltung an die Saarbrücker Zeitung gelangt. Die im Zeitungsartikel geäußerten Vorwürfe einer Fraktion, die Verwaltung wirtschaftete im stillen Kämmerlein, weise er zurück. Zu diesem Zeitpunkt habe man nichts äußern können oder dürfen, das offizielle Schreiben der Post sei einen Tag nach Veröffentlichung des Zeitungsartikels eingegangen. Dieses Schreiben werde man dem Rat vorlegen. Die geschilderte Praxis, zwischen Mieter und Investor zu vermitteln, sich aber den Verhandlungen zu enthalten, sei üblich bei der städtischen Wirtschaftsförderung.

Ressortleiter Bies informiert, man habe gemeinsam mit dem LfS einen Plan entwickelt, entlang der Landstraße von Schwemlingen nach Weiler beidseitig einen nahezu durchgehenden Fahrradschutzstreifen einzurichten. Der Landkreis müsse dem noch zustimmen, der Plan entspreche in etwa dem, was man im Radwegekonzept aufgestellt habe. Die beiden Ortsvorsteher seien hierüber bereits informiert, er hoffe auf eine Umsetzung im laufenden Jahr.

Ratsmitglied Mohr (CDU) moniert die Abfallentsorgung in einigen Teilen des Stadtgebietes. Seit längerem laufe die Abfuhr nicht so, wie sie solle. Letzte Woche habe in Weiler der Restmüll donnerstags abgeholt werden sollen, dies sei jedoch erst gestern (Montag) geschehen. Bei gelber und blauer Tonne sei dies ähnlich. Er stelle sich die Frage, ob einerseits der Auftragnehmer nicht in der Lage sei, seine Dienstleistung fristgerecht zu erbringen und andererseits, was die Verwaltung dagegen unternehmen wolle. Es bestehe die Möglichkeit, den Auftragnehmer bei mehrmaliger Nichteinhaltung der Termine abzumahnern. Dies sei aktuell kein Einzelfall, dies gehe schon über Jahre so. Er bitte die Verwaltung, hier entsprechend vorzugehen.

Der Vorsitzende versichert, man sei hier immer dran, dies sei aber nicht ganz einfach.

Fachbereichsleiter Gasper ergänzt, man müsse zunächst die Zuständigkeiten unterscheiden. Bei der gelben Tonne seien die dualen Systeme Auftraggeber, nicht die Kreisstadt Merzig. Trotzdem weise die Verwaltung den Hauptunternehmer immer auf Leistungsstörungen bei der gelben Tonne hin. Es seien häufig Beschwerden über Leistungsverzögerungen gekommen, man habe immer darum gebeten, konkret zu benennen, um welche Abfallarten es sich handele, vieles habe sich dann aufgeklärt. Er weise aber darauf hin, dass die in Rede stehende Firma in den letzten zwei bis drei Monaten, wie jedes andere Unternehmen auch, mit den Folgen der Corona-Pandemie zu kämpfen habe. Oftmals sei krankheitsbedingt nur ein Teil der Mannschaft einsetzbar gewesen, dies habe zu Leistungsverzögerungen geführt. Er bitte Herrn Mohr darum, konkret die einzelnen Tage und Abfallarten zu benennen, dann könne man dem nachgehen.

Ratsmitglied Mohr (CDU) wirft ein, wenn es sich um einen Dauerzustand handele, könne man das nicht immer auf Corona schieben. Fakt sei, der Auftragnehmer sei in der Pflicht der fristgerechten Leistungserbringung. Wie er dies bewerkstelle, sei dem Auftraggeber egal. Er sagt zu, in den kommenden Wochen das Abfuhrverhalten zu dokumentieren, um belastbare Zahlen zu erhalten.

Fraktionsvorsitzender Morbe (FWM/FDP-Fraktion) ergänzt zu dieser Thematik, bei dem chinesischen Schnellimbiss in der Merziger Straße würden viele Container abgefahren. Wenn diese zurückgestellt würden, stünden sie immer auf der Straße, sodass man kaum vorbeikomme. Er bitte darum, darauf hinzuweisen, die Behälter so abzustellen, dass Fußgänger, insbesondere Schulkinder, den Bereich passieren könnten. Darüber hinaus erkundigt er sich nach dem Ergebnis der Zwangsversteigerung eines Grundstückes in Hilbringen, an dem sich die Stadt habe beteiligen wollen. Außerdem sei der Brunnen im Stadtpark immer noch ausgeschaltet. Zuletzt sei im Bereich der instandgesetzten Treppe zwischen Rehstraße und Sportplatz in Hilbringen Quarzsand in die Abflussrinne gekippt worden.

Fachbereichsleiter Gasper antwortet, die Zwangsversteigerung sei abgesagt worden. Den Betrieb des Brunnens werde man prüfen. Den Quarzsand werde sich der Baubetriebshof ansehen.

Ratsmitglied Santo (Bündnis 90/Grüne) stimmt der geäußerten Problematik der Müllabfuhr zu. Die letzte Woche sei auf dem Gipsberg eine Katastrophe gewesen, Corona sollte hierfür keine Ausrede sein. Außerdem erkundigt sie sich, ob die Stadt dem Betreiber des Kinos, der nun angekündigt habe, schließen zu wollen, Hilfe angeboten habe. Eine Kreisstadt ohne Kino sei traurig.

Der Vorsitzende erläutert, es handele sich zunächst um eine private Entscheidung des Betreibers. Man habe vor einigen Monaten ein Gespräch geführt und Unterstützung angeboten, momentan sei wohl unklar, ob das Kino dauerhaft geschlossen bleibe. Er sagt zu, nochmals ins Gespräch gehen zu wollen, zumal die Möglichkeit bestehe, den Betrieb finanziell zu bezuschussen.

Stadtratsmitglied Weiten (Bündnis 90/Grüne) wirft ein, der aktuelle Entsorgungsunternehmer habe nicht das Problem Corona, sondern das des Monopolisten. Er erkundigt sich darüber hinaus, ob die aktuellen Räumlichkeiten der Postbank im Eigentum eines Dritten und nicht im Eigentum der Stadt stehen.

Der Vorsitzende bejaht, dies sei kein Eigentum der Stadt.

Ratsmitglied Lorenz (SPD) bezieht sich auf die aktuell laufenden Bedarfsermittlungen für

den Glasfaserausbau im Stadtgebiet. Er regt an, dass die Kreisstadt Merzig für alle städtischen Gebäude einen Glasfaseranschluss beantrage. Ob dieser später genutzt werde, sei zweitrangig. Man solle nun den Anschluss ohne Kosten herstellen lassen und später bei Bedarf die Nutzung regeln. Zumindest im Bürgerhaus Besseringen habe man über Mittel des Ortsrates eine technische Ausrüstung installieren lassen, ein Glasfaseranschluss ergänze dies.

Der Vorsitzende antwortet, dies sei vom Fachbereich ohnehin vorgesehen.

Ratsmitglied Temmes (Bündnis 90/Grüne) spricht zur Erneuerung des Weges vom Friedhof zu den Weihern in Schwemlingen. Dieser habe eine neue Decke bekommen. Diese sei zwischenzeitlich hergestellt worden. Es sei wohl eine falsche Körnung gewählt worden, zumindest sei keine feinkörnige Deckschicht angelegt worden, dies erschwere das fußläufige Begehen oder das Befahren mit Fahrrädern. Außerdem seien die Zwischengräben zugeschüttet worden. Dies habe zur Folge, dass das rechtsseitige Waldgebiet bis zur Oberkante des Weges voller Wasser stehe, ebenso wie die Angelpositionen.

Fachbereichsleiter Gasper erläutert, es gebe in der Tat eine Verbindung zwischen dem Saarlarm und dem Mettlacher Weiher. Diese Verbindung sei aus unbekanntem Gründen verschlossen. Man habe vom ASV Mettlach alte Ausbaupläne bekommen und wolle das Rohr nun freilegen. Die übrigen Anregungen werde er an den Baubetriebshof weitergeben.

Ratsmitglied Schuh (FWM/FDP-Fraktion) ergänzt zum Redebeitrag von Ratsmitglied Lorenz (SPD), es sei im Bürgerhaus Besseringen nicht möglich, sich bei Ortsratssitzungen ins W-LAN-Netz einzuwählen.

Ortsvorsteher Linz spricht erneut zur Müllsituation. In den letzten Monaten habe sich das Abfuhrverhalten wesentlich verbessert, alleine dieses Wochenende sei negativ aufgefallen. Darüber hinaus weise er im Zusammenhang mit dem aktuell stattfindenden Ausbau der Luxemburger Straße auf einen Beschluss des Ortsrates Schwemlingen hin, einen Fußgängerüberweg am Friedhof zu schaffen. Ältere Personen könnten die Straße ohne Hektik und Sturzgefahr kaum queren.